



Entscheidung gefallen? Kieler Landesregierung gegen Deponie Lebatz?

Deponiestopp Ahrensböök e.V. begrüßt Entscheidung der CDU-Landtags- und Kreis- tagsfraktion gegen eine Deponie Lebatz

Der Deponiestopp Ahrensböök e.V. begrüßt die Entscheidung der CDU-Landtags- und Kreistagsfraktion gegen die Errichtung einer Deponie in den ehemaligen Lebatzer Kiesgrube.

Auf Einladung des CDU-Fraktionsarbeitskreises Umwelt des Kieler Landtages trafen sich am 29.03.2012 Mitglieder des erweiterten Vereinsvorstandes mit Landtags-, Kreistagsabgeordneten und Gemeindevertretern der CDU an der Kiesgrube Lebatz.

Unter der Leitung der Landtagsabgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese stellte die CDU-Delegation fest, dass eine Errichtung der Deponie Lebatz aufgrund fehlenden Bedarfes an neuer Deponiefläche nicht erfolgen werde.

Dr. Michael von Abercron, Mitglied des Umwelt- und Agrarausschusses und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Umwelt im schleswig-holsteinischen Landtag, unterstützte die Auffassung des Vereins, dass die zu deponierenden Abfallmengen weiter abnehmen werden, insbesondere aufgrund der Anforderungen des am 01.06.2012 in Kraft tretenden Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Angesprochen auf potentiellen Aushub beim Bau der Fehmarnbelt-Querung informierte von Abercron, dass dieser vor Ort verwertet würden. Auch für anfallende Schlämme im Rahmen der Elbvertiefung und der Ausbaggerungsarbeiten im Nord-Ostsee-Kanal gebe es bereits Aufbringungsflächen.

Dr. Thorsten Piehl, 1. Vorsitzender des Vereins, betonte, dass die Aussagen der CDU auch nach der Landtagswahl am 6. Mai Bestand haben müssen. Ein politisch gewollter Stopp der Deponie Lebatz muss durch eine unverzüglich einzuleitende umweltverträgliche Nachfolgeplanung festgezurr werden, die dem Schutz des Biotopes in der ehemaligen Kiesgrube dient.

Beide Seiten waren sich einig, dass die Aufnahme der Kiesgrube Lebatz in ein Altlastenverdachtsflächenkataster des Landes Schleswig-Holstein, aufgrund der illegalen Einlagerung von Abfällen, geprüft werden und ggf. erfolgen müsse. Für die Meldung von Verdachtsflächen an das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) ist der Kreis Ostholstein verantwortlich und unverzüglich gefordert.

Christa Braas und Gerhard Jacobs, Mitglieder des Vereinsvorstandes sowie Hans-Jürgen Molt betonten, dass viele Menschen und Anwohner in der Region das Vertrauen in die zuständige Aufsichtsbehörde des Kreises Ostholstein verloren haben, die über Jahre hinweg, die illegalen Abfalleinlagerungen in die Kiesgrube Lebatz nicht verhindert hätte.

Der Deponiestopp Ahrensböök e.V. hofft darauf, dass nunmehr auch alle anderen Parteien des Land- und Kreistages eine eindeutige Aussage gegen die geplante Deponie Lebatz treffen werden und steht für eine Nachfolgeplanung

Ahrensböök, 29.03.2012



Treffen an der Kiesgrube Lebatz

V.l.n.r.: Dr. Michael von Abercron, Andreas Mylius, Erika Dockweiler, Klaus-Dieter Gruber, Herlich Marie Todsens-Reese, Dr. Thorsten Piehl, Klaus Klinckhamer, Hans-Joachim Dockweiler, Ulrich Rüder, Kläre Kühnapfel, Michael Kramer, Hans-Jürgen Molt